

# 2016-07 - Juli 2016 - Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird...

## - (KOPP-Notizen) -

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgaben "exklusiv" Nr. 28 + 29/2016

### ► Deportationen:

In Schweden haben auch Politiker inzwischen alle Illusionen über einen künftigen multikulturellen Sozialstaat verloren, weil es in der Realität immer mehr Gewalt und finanzielle Verteilungskämpfe gibt.

Die schwedische Arbeitsministerin *Ylva Johansson* (sie gehört der sozialdemokratischen Partei an), fordert nun öffentlich, Massen von Asylbewerbern wieder in deren Heimatländer zurückzuschicken, und zwar ausdrücklich auch mit Gewalt.

### ► Flatrate fliegen:

*Für reiche Europäer* gibt es jetzt eine neue Möglichkeit, jederzeit ohne Wartezeit auf ausgewählten Strecken zu fliegen. Das in den USA erfolgreiche Unternehmen »*All you can fly*« verkauft für eine monatliche Mitgliedsgebühr in Höhe von 3500 Euro (*neben 1300 Euro Aufnahmegebühr*) ein Flugticket für Privatflugzeuge, mit denen man jederzeit von vielen europäischen Flughäfen aus in einem separaten Teil des Flughafens für *VIP* einchecken kann. Die Flüge werden mit Privatjets durchgeführt. Es gibt weder eine Sicherheits- noch eine Gepäckkontrolle. Für den Monatspreis kann man fliegen, sooft man will. Und für ein Drittel der Monatsgebühr kann man je Person dann auch Familienmitglieder mitnehmen. Der Service beinhaltet Flughäfen wie *Berlin, Amsterdam, Paris, Cannes, Dublin, Zürich* und *London*.

### ► Soziale Spannungen durch Roboter:

Nach einer internen Studie des Forschungsinstituts der deutschen *Bundesagentur für Arbeit* werden in den nächsten fünf bis sieben Jahren etwa 4,5 Millionen Arbeitsplätze durch Roboter oder prozessorgesteuerte Arbeitsplätze ersetzt werden. In deutschen Fabriken arbeiten derzeit demnach 180.000 Roboter, schon 2020 sollen es zwei Millionen sein.

Das hat extreme Folgen für die Steuereinnahmen. So ist die Einkommensteuer derzeit noch mit 179 Milliarden Euro (2015) die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Je mehr Arbeiten von Robotern anstelle von Menschen erledigt werden, umso höher sind die Steuerverluste des Staates.

Werden auch die Roboter künftig alle mit Steuern belegt, dann sind die Produkte nicht mehr konkurrenzfähig. Also bleibt dem Staat nach Angaben der Bundesagentur nur die Möglichkeit, die Leistungen extrem zurückzufahren, weil durch die Automatisierung ja bei sinkenden Einnahmen auch immer mehr Antragsteller finanzielle Forderungen stellen werden.

Wird dieser Spagat nicht geschafft, dann drohen schwere innere Unruhen.

### ► Subventionen für unsere Lügenmedien:

Die deutsche Bundesregierung verteilt immer mehr Gelder an notleidende Medien, welche die Regierungspolitik nicht kritisieren und Propaganda für Regierungsziele machen.

Jüngstes Beispiel dafür sind *2,1 Millionen Euro* für die unter Auflagenverlusten leidenden bekanntesten Tageszeitungen. Dafür drucken diese dann unter dem Motto »*Deutschland kann das*« Werbeanzeigen, in denen Asylbewerber als Leistungsträger dargestellt werden sollen.

Auch *Online-Plattformen, welche sich verpflichten, die Bundesregierung künftig nicht zu kritisieren*, können bis zu *700.000 Euro* Fördergelder bekommen.

### ► Deutsche Steuerzahler finanzieren *Bin Ladens* Leibwächter:

*Sami A.*, Drahtzieher der deutschen *Islamistenszene* und ehemaliger Leibwächter von *Bin Laden*, gilt als einer der gefährlichsten Männer der Welt. Auch das Oberverwaltungsgericht Münster hat 2015 festgestellt, dass von ihm eine »*erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht*«.

Die Stadt Bochum, wo er mit seinen Frauen und Kindern lebt, will ihn in seine tunesische Heimat abschieben. Das verhindert jetzt das Gelsenkirchener Verwaltungsgericht. Es stoppt die Abschiebung mit dem Argument, dass er in Tunesien steckbrieflich gesucht und möglicherweise auch gefoltert werden könnte.

*Sami A.* ist verantwortlich für Terroranschläge auf der tunesischen Touristeninsel Dscherba. Unmittelbar nach den Anschlägen war er 2002 nach Deutschland geflohen. Hier lebt er seither als Sozialhilfeempfänger und hat mit seinen Prozessen und den Kosten für seine Überwachung inzwischen Schäden im zweistelligen Millionenbereich angerichtet.

### ► Reizgasverbot?

Die Grünen haben einen Antrag gestellt, der Polizei künftig den Einsatz von Pfefferspray und Reizgas zu verbieten. Auch die niedersächsische Landtagsabgeordnete *Gabriele Andretta* (SPD), die ebenso wie Grüne bei Demonstrationen von Linken bei Polizeieinsätzen Reizgas abbekommen hatte, unterstützt den Vorstoß.

- Die Polizei soll nach dem Willen grüner Politiker »*entwaffnet*« werden und bei Demonstrationen nur mit »*Stimmgewalt*« eingreifen dürfen, damit niemand verletzt werden kann.
- In Schleswig-Holstein geht die Koalition noch einen Schritt weiter. Dort sollen alle Gefängnisaufseher entwaffnet werden. Auch bei Transporten von gefährlichen Häftlingen sollen die Justizvollzugsbeamten nicht einmal für die Eigensicherung mehr eine Waffe mitführen dürfen.

### ► Anrühig:

Zehn Jahre war der Portugiese *Josè Manuel Barroso* EU-Kommissionspräsident. Jetzt hat die US-Investmentbank *Goldman Sachs* den 60 Jahre alten Mann dafür gekauft, um ihr mit seinen Kontakten dabei zu helfen, möglichst viel mit dem Austritt der Briten aus der EU zu verdienen. Der Londoner Geschäftssitz trägt 27 Prozent zum Gesamtumsatz der amerikanischen Großbank bei. Es kommt immer öfter vor, dass ranghohe Politiker ihre beruflich gewonnenen Kontakte und ihren Einfluss zu hohen Preisen an Konzerne verkaufen.

### ► Kritik unerwünscht:

Der französische *Staatspräsident Hollande* findet es »unerhört«, dass er sich in der Öffentlichkeit rechtfertigen soll, weil er auf Kosten der Steuerzahler einen »Leibfriseur« beschäftigt, der monatlich 9895 Euro aus der Staatskasse bekommt. Der Friseur richtet jeden Tag die Haare des Präsidenten und hat ansonsten nichts zu tun.

### ► Vorgetäuschter Naziangriff:

Die *Staatsanwaltschaft Schwerin* hat Anklage gegen den Politiker *Julian Kinzel* (die Linke) wegen des Vortäuschens einer Straftat erhoben. Kinzel hatte in einer Strafanzeige behauptet, von Rechtsextremisten überfallen und verletzt worden zu sein. Nach den Erkenntnissen der Ermittler soll er den Überfall erfunden und sich die Verletzungen selbst beigebracht haben.

Die angebliche Messerattacke hatte bundesweit für Aufsehen und Solidaritätsbekundungen gesorgt. So hatte *Dietmar Bartsch*, Chef der Linksfraktion im Bundestag, den Naziangriff nicht nur »auf das Schärfste« verurteilt, sondern auch versichert, er kenne den jungen Mann sehr gut, dieser sei »klug und ehrlich«.

### ► 17,5 Millionen Euro Miete für nichts:

Jeden Monat zahlen deutsche Steuerzahler *570.000 Euro Miete plus 160.000 Euro Betriebskosten für ein Bürohaus in Berlin-Moabit*, welches einmal vom *Innenminister de Mazière* genutzt wurde. Der Steuerzahler muss noch Millionen Euro bezahlen, obwohl der Bund aus dem Haus raus ist, denn der Mietvertrag endet erst am 30. Juni 2029. Das Geld wurde dem Vermieter als »Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile« vertraglich zugesprochen.

Nun ermittelt die Staatsanwaltschaft in dem dubiosen Vorgang. Verwickelt sein soll der Spitzenpolitiker *Klaus Töpfer* (CDU), der sich in der Vergangenheit wiederholt für die Anmietung des Gebäudes vom früheren Lebensmittel-Multi *Ernst Freiburger* (»Alberto«-Tiefkühlpizza) ausgesprochen hatte.

### ► Politiker wollen nicht mehr dem Volke dienen:

In Nordrhein-Westfalen schwören Landesminister ihren Amtseid künftig nicht mehr »zum Wohle des deutschen Volkes«.

- SPD und Grüne hatten durchgesetzt, dass das »deutsche Volk« aus der Eidesformel herausgenommen wird, weil sich Migranten dadurch diskriminiert fühlen könnten.

### ► Gewissenstest für Moslems:

Sollte in den USA ein republikanischer Präsidentschaftskandidat die Wahl gewinnen, dann brechen schlechte Zeiten für die dort lebenden Muslime an. Die Republikaner haben einen »Gewissenstest für alle im Land lebenden Muslime« angekündigt.

- Jene, welche für das *Islamische Recht (Scharia)* sind, sollen ohne Ansehen der Person »deportiert« werden und das Land sofort verlassen müssen. Und jeder, der eine islamische Webseite besucht, welche für die Scharia eintritt, soll dafür mit Gefängnis bestraft werden. Angekündigt hat das *Newt Gingrich*, der 73-jährige frühere Vorsitzende des US-Abgeordnetenhauses, der heute ein führender Politiker der Republikaner ist.

### ► Griff in die Kasse:

Deutsche Steuerzahler sollen künftig weitaus mehr für die NATO zahlen als bisher. Das haben die EU und die NATO vereinbart, während die Bevölkerung durch die Fußball-EM abgelenkt war. Demnach bekommt Deutschland künftig weniger Mitspracherechte innerhalb der NATO, soll aber dafür mehr bezahlen.

### ► Denkmal für Rauschgifthändler:

Im *Görlitzer Park*, dem größten Umschlagplatz für Rauschgift in der deutschen Bundeshauptstadt, soll ein »Denkmal für afrikanische Rauschgifthändler« errichtet werden.

- Was sich zunächst wie ein Aprilscherz anhört, wird allen Ernstes im *Berliner Senat* diskutiert. Initiator der Idee ist der amerikanische Künstler *Scott Holmquist*, unterstützt wird er von der Piratenpartei. Sie wollen, dass der »gesellschaftlich wertvolle Dienst« von *Rauschgifthändlern* »endlich anerkannt wird und man den »risikoreichen Job« würdigt.

Die Partei hat auch einen Antrag gestellt, mit Steuermitteln die Möglichkeit von »Zeitreisen« erkunden zu lassen (*Drucksache — DS/2300/IV*).

### ► Verdienstorden für Hassprediger:

Die Berliner SPD-Politikerin *Franziska Gifey* hat die vom Verfassungsschutz beobachtete radikale *Dar-as-Salam-Moschee* besucht, um mit den dort betenden

Muslimen den Fastenmonat *Ramadan* zu feiern. Der Imam der Moschee hatte vom Land Berlin unlängst einen Verdienstorden erhalten.

► **Zu spät:**

Vor den Pariser Terroranschlägen vom November 2015 hatte die französische Regierung ein neues »*Terror-Warnsystem SAIP*« vorgestellt, welches bei Terroranschlägen den Menschen in der Umgebung eines Attentates über eine App auf dem Smartphone sofort sichere Fluchtwege aufzeigen soll.

- Im November funktionierte *SAIP* allerdings nicht. Die Regierung versprach Besserung.

Nach dem Terroranschlag von Nizza funktionierte das System, *allerdings erst zweieinhalb Stunden nachdem der Attentäter von der Polizei erschossen worden war.*

Erst dann wurden jene Bürger, welche dem System vertraut hatten, mit einer Warnmeldung über den Anschlag informiert, den sie zuvor selbst am Tatort oder in dessen Nähe erlebt hatten.